

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens
zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen**

Vom 13. August 2021

I.

Das Internationale Übereinkommen vom 20. Dezember 2006 zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (BGBl. 2009 II S. 932, 933; 2011 II S. 848) wird nach seinem Artikel 39 Absatz 2 für den

Sudan* am 9. September 2021
nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebenen Erklärung nach Artikel 42 Absatz 2 des Übereinkommens

in Kraft treten.

II.

Folgende Staaten haben gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen in dessen Eigenschaft als Verwahrer gegen den bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 12. Juni 2020 angebrachten Vorbehalt O m a n s (vgl. die Bekanntmachung vom 22. Juni 2020, BGBl. II S. 524) zu dem Internationalen Übereinkommen vom 20. Dezember 2006 zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen Einspruch erhoben:

Belgien	am 14. Juni 2021
Frankreich	am 15. Juni 2021
Niederlande	am 9. Juni 2021
Portugal	am 14. Juni 2021
Schweiz	am 11. Juni 2021.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 25. Januar 2021 (BGBl. II S. 204).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 13. August 2021

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Kurt Georg Stöckl-Stillfried